

Gleiche Rechte, gleiche Chancen: Inklusive Bildung für Kinder mit Behinderungen

Zusammenfassung



Die Globale Bildungskampagne

Die Globale Bildungskampagne (GBK) ist Teil der Global Campaign for Education (GCE), eines internationalen Bündnisses von Nichtregierungsorganisationen und Bildungsgewerkschaften, das dafür kämpft, die globale Bildungskrise zu beenden und das Recht auf Bildung für alle zu verwirklichen. Gemeinsam fordern die Mitglieder der GBK die Umsetzung der *Bildung für alle*-Ziele, die im Jahr 2000 auf dem Weltbildungsforum in Dakar von 164 Staaten verabschiedet wurden.

Die sechs *Bildung für alle*-Ziele:

1. Mehr und bessere frühkindliche Bildung und Erziehung
2. Gebührenfreie, gute Grundbildung für alle
3. Training lebenspraktischer Kenntnisse
4. Reduzierung der Analphabetenrate
5. Mädchen- und Frauenbildung
6. Verbesserung der Bildungsqualität

Jedes Jahr im Frühjahr/Sommer veranstaltet die Globale Bildungskampagne Schulaktionswochen, in denen jeweils eines der *Bildung für alle*-Ziele im Zentrum steht. Im Jahr 2014 dreht sich die Aktion um das Thema „Behinderung und inklusive Bildung“. Weltweit leben schätzungsweise mindestens 93 Millionen Mädchen und Jungen unter 14 Jahren mit Behinderungen. Laut UNESCO besucht nur eins von zehn Kindern mit Behinderungen in den Ländern des Südens regelmäßig eine Schule.

Jetzt anmelden und kostenfrei Materialien bestellen unter www.bildungskampagne.org/weltklasse.

Internationale Kampagne zu Kindern mit Behinderungen und inklusiver Bildung

Die Aktionswochen finden auch international statt. Bei dem hier vorliegenden Text handelt es sich um eine Übersetzung der Zusammenfassung des Berichtes „Equal Right, Equal Opportunity: Inclusive Education for Children with Disabilities“, der von der GCE im Dezember 2013 veröffentlicht wurde.

Den vollständigen Bericht finden Sie in englischer Sprache auf www.bildungskampagne.org.

Zusammenfassung¹

Schätzungsweise eine Milliarde Menschen weltweit leben mit Behinderungen. Mit einer Vielzahl von Barrieren konfrontiert, werden sie von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Insbesondere ihr Recht auf Bildung wird häufig verletzt, was in der Folge dazu führt, dass sie auch weitere Rechte nicht wahrnehmen können. Außerdem: Bleiben Menschen von Bildung ausgeschlossen, können sie kaum ihr volles Potenzial entfalten und weder am kulturellen noch am sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Leben ihrer Gemeinschaft teilnehmen.

In den meisten Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen liegt die Wahrscheinlichkeit, keine Schule zu besuchen, für ein Kind mit Behinderungen deutlich höher als für seine Altersgenossen ohne Behinderungen. Zum einen werden Kinder mit Behinderungen wesentlich seltener eingeschult. Zum anderen brechen sie im Vergleich zu Gleichaltrigen die Schule ungleich häufiger frühzeitig ab.

In manchen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit für Kinder mit Behinderungen, keine Schule zu besuchen, sogar mehr als doppelt so hoch wie unter Gleichaltrigen.

In Burkina Faso ist sie sogar zweieinhalb Mal so hoch. Daher ist es nicht weiter verwunderlich, dass Mädchen und Jungen mit Behinderungen in vielen Ländern die größte Gruppe bilden, die von Bildung ausgeschlossen ist. 85 Prozent der nichteingeschulten Kinder in Nepal sind Kinder mit Behinderungen.

Die Diskriminierung von Kindern mit Behinderungen endet nicht am Schultor. Schlechter Unterricht oder die Beschulung in oft separaten Sonderschulen können dazu beitragen, gesellschaftliche Vorurteile und Ausgrenzung zu verstärken.

Diese Missstände zu beenden, ist in vielerlei Hinsicht dringend. Verwehrt man Kindern ihr Recht auf Bildung, beraubt man sie gleichzeitig ihrer Zukunftschancen, die eng mit der Wahrnehmung weiterer Rechte verknüpft sind, z. B. dem Recht auf einen sicheren, guten Arbeitsplatz und dem Recht auf Teilnahme am öffentlichen Leben. Ein selbstbestimmtes Leben rückt unter diesen Voraussetzungen in weite Ferne und auch die Chancen, sich aus der Armut zu befreien, schrumpfen. Viel zu oft markiert der Ausschluss vom Klassenzimmer den Anfang eines lebenslangen Ausschlusses von der Gesellschaft, der Menschen mit Behinderungen häufig zu einem Leben in Armut verurteilt.

Wird die Bildung von Kindern mit Behinderungen weiterhin vernachlässigt, kann auch das internationale Versprechen *Bildung für alle* nicht erreicht werden. Die meisten Länder des Südens haben zwar ihre Einschulungsraten erhöht, doch die Lücke, die zwischen den Millionen eingeschulter Kinder und den vergessenen Randgruppen klafft, wächst. Millionen Mädchen und Jungen werden so stärker als je zuvor ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Beispielsweise in Bolivien: Laut Schätzungen besuchen 95 Prozent der Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren die Schule. Bei Kindern mit Behinderungen sind es lediglich 38 Prozent.

¹ Vgl. Global Campaign for Education (2013): Equal Right, Equal Opportunity: Inclusive Education for Children with Disabilities.



Wird jungen Menschen mit Behinderungen jedoch eine gute Bildung ermöglicht, öffnen sich Türen. Sie werden befähigt, andere Rechte wahrzunehmen, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigen und ihr Zugang zu gesundheitlicher Versorgung verbessert sich. Damit Bildung als Befähigungsrecht wirken kann, ist es zentral, dass sie qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich ist, Diskriminierungen entgegenwirkt und jedem Kind erlaubt, sich nach seinen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Interessen zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren wurde damit begonnen, menschenrechtliche Standards für das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderungen zu formulieren. Die 2006 in Kraft getretene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen war dabei ein wichtiger Meilenstein.

Als Lösungsansatz für die Umsetzung des Rechts auf Bildung für Kinder mit Behinderungen beschreibt die UN-Konvention inklusive Bildung als primären Mechanismus.

Inklusive Bildung bedeutet, dass alle Mädchen und Jungen in der Schule, in ihrer Gemeinde oder näheren Umgebung gemeinsam lernen, unabhängig von ihren individuellen Stärken und Schwächen. Lehr- und Lernmaterialien, Lehrmethoden und das schulische Umfeld sind an die Bedürfnisse aller Schüler/-innen angepasst. Inklusive Bildungssysteme sind fest in einer rechtebasierten Analyse verankert, die Lernende als Träger von Rechten stärkt, Vielfalt als Bereicherung versteht, Diskriminierung bekämpft und inklusive Gesellschaften fördert.

Inklusive Bildung ist ein starkes Instrument,

um Ungleichheiten zu beseitigen. Sie kann dazu beitragen, weit verbreitete Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern und Vielfalt als Reichtum einer Gesellschaft zu verstehen.

Der Ausbau inklusiver Bildungssysteme bildet zudem die Grundlage, um qualitativ hochwertige Bildung sicherzustellen und das Menschenrecht auf Bildung für alle Kinder zu gewährleisten. Inklusive Bildung kann dazu beitragen, das Qualitätsniveau über das gesamte Bildungssystem hinweg zu erhöhen, indem sie auf individuelle Förderbedarfe Rücksicht nimmt und unterschiedliche Lernstrategien vereint. So kommt Bildung allen Schülerinnen und Schülern im Klassenzimmer zugute: Kindern mit und ohne Behinderungen, Kindern ethnischer Minderheiten, die eine andere Sprache sprechen, oder Kindern mit Lernschwierigkeiten.

Dennoch: Die Herausforderungen, denen Kinder mit Behinderungen derzeit begegnen, sind immens und der Handlungsdruck groß. Für Regierungen, Geber und die internationale Gemeinschaft zeichnen sich immer konkretere Handlungsfelder ab, die bearbeitet werden müssen, um das Recht auf Bildung für alle Menschen zu realisieren. Im Folgenden werden sieben ineinandergreifende Strategien dargestellt, die dabei helfen, bestehende Barrieren für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen abzubauen und *Bildung für alle* Realität werden zu lassen.

Strategie 1: Gesetzlichen Rahmen schaffen und ambitionierte nationale Aktionspläne festlegen

Häufig mangelt es an angemessenen Gesetzen, politischen Strategien und Handlungsplänen zur Umsetzung von inklusiver Bildung. Diese bilden jedoch die Grundlage für politisches Handeln. Deswegen müssen zunächst die Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das Recht auf Bildung für alle Menschen verwirklichen zu können. Nur wenige Länder haben bislang im Rahmen ihrer Sektorstrategie für den Bereich Bildung ehrgeizige Pläne zur Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen vorgelegt. Das liegt auch daran, dass Regierungen häufig Informationen darüber fehlen, wie sie internationale Standards, z. B. Artikel 24 des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in die Praxis umsetzen können.

Strategie 2: Mit gutem Beispiel vorangehen und ausreichend Kapazitäten für die Umsetzung nationaler Aktionspläne bereitstellen

Selbst wenn Regierungen bereits entsprechende Gesetze und politische Aktionspläne verabschiedet haben, hakt es häufig bei der Umsetzung. Viel zu oft bleibt es bei politischen Willensbekundungen, weil Regierungen daran scheitern, konkrete Pläne und Strategien umzusetzen und Fortschritte zu messen. Nur wenige Länder – wenn überhaupt – stellen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, um inklusive Bildung umzusetzen. Zudem

werden Gelder nicht kosteneffektiv genug eingesetzt, z. B. fließen Mittel in Töpfe für spezielle Sonderschulen, die nur wenige Kinder gezielt fördern, statt inklusive Bildungsstrategien zu finanzieren, die gute Bildung für alle Kinder ermöglichen. Regierungen und Geber müssen ihre finanziellen Zusagen für Inklusion erhöhen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Mittel gerecht und wirksam eingesetzt werden.

Strategie 3: Datenlage verbessern

Eine der größten Herausforderungen für die Realisierung des Rechts auf Bildung für alle ist die große Datenlücke. Der Wissensstand über die Situation von Kindern mit Behinderungen sowie ihre Bildungschancen ist erschreckend niedrig. Informationen sind oft spekulativ oder veraltet. Fehlen auf nationaler Ebene zuverlässige, konsistente Daten, ergibt sich ein nur lückenhaftes Bild auf internationaler Ebene. Ohne ausreichende Informationen über ihre Situation und ihre Bildungsbedürfnisse sind die Mädchen und Jungen für politische Entscheidungsträger jedoch unsichtbar. Zudem können auf einer schlechten Datengrundlage keine realistischen Pläne mit konkreten Zielen erstellt werden. Auch die Messung von Fortschritten ist nicht möglich.

Strategie 4: Schulen und Klassenräume zugänglich machen und an Bedürfnisse der Lernenden anpassen

Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu Bildung bereits auf dem Schulweg

oder am Schultor verwehrt, weil dort physische Barrieren für sie kaum überwindbar sind. Der Mangel an geeigneten Hilfsmitteln und angemessenen Lernmaterialien stellt zusätzliche Hürden dar. Staatliche Regulierungen für Schulgebäude und die Überarbeitung von Lehrplänen tragen dazu bei, dass Schulen und Klassenzimmer an die Bedürfnisse aller Schüler/-innen angepasst werden.

Strategie 5: Ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für alle sicherstellen

Lehrer/-innen entscheiden maßgeblich über den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern. Damit Inklusion gelingen kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen: eine ausreichende Anzahl an qualifizierten Lehrkräften,

regelmäßige Weiterbildungen in inklusiven Lehrmethoden und ggfs. Unterstützung durch pädagogische Fachkräfte, die den Lehrer/-innen zur Seite stehen.

Mehr Menschen mit Behinderungen müssen befähigt und motiviert werden, den Lehrerberuf zu ergreifen. Durch ihr Spezialwissen und durch ein tieferes Verständnis können sie einen großen Beitrag zu einer diskriminierungsfreien Schulkultur leisten und als Vorbilder für ihre Schüler/-innen fungieren.

Strategie 6: Diskriminierende Einstellungen abbauen

Negative Vorurteile sind die vielleicht wichtigste Ursache für die Marginalisierung von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich. Sie entscheiden maßgeblich darüber,



ob ein Kind zur Schule gehen und dort auch erfolgreich sein kann oder nicht. Gerade weil man ihnen nicht zutraut, den Besuch einer Regelschule zu bewältigen, fällt häufig die Entscheidung, Kinder mit Behinderungen in einer Sonderschule anzumelden, anstatt in einer Regelschule in der näheren Umgebung. Breit angelegte Aufklärungskampagnen auf allen Ebenen sind notwendig, um diese Vorurteile abzubauen.

nomische Barrieren abzubauen. Das könnten z. B. der Aufbau von gemeindenahen Rehabilitationsprogrammen und Sozialversicherungssystemen oder gesundheitspolitische Maßnahmen sein.

Menschenrechtsbasierte, inklusive Bildungssysteme müssen endlich zur politischen Priorität erklärt werden. Sie sind die Grundlage für eine inklusive Gesellschaft und zentral, damit **gute Bildung für alle** endlich Realität wird. Die internationale Gemeinschaft muss dringend Maßnahmen ergreifen, um die Marginalisierung von Kindern mit Behinderungen zu beenden. Zwar ist eine Trendwende bereits erkennbar, doch die Umsetzung muss deutlich schneller vorstattengehen. Anknüpfend an die vorangegangenen sieben Strategien ruft die **Global Campaign for Education (GCE)** die Regierungen weltweit zum Handeln auf.



Strategie 7: **Durch sektorübergreifende Strategien ein positives, unterstützendes Umfeld für inklusive Bildung schaffen**

Zwar können inklusive Bildungssysteme Schulen bei der Anpassung an die Bedürfnisse aller Schüler/-innen unterstützen, jedoch müssen parallel auch noch weitere Maßnahmen greifen, um soziale, kulturelle und öko-

Empfehlungen

Regierungen sollten:

Strategie 1: Gesetzlichen Rahmen schaffen und ambitionierte nationale Aktionspläne festlegen

- die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifizieren und umsetzen.
- alle rechtlichen und konstitutionellen Barrieren beseitigen, die junge Menschen mit Behinderungen vom Besuch einer Regelschule ausschließen.
- ambitionierte, realistische und fristgebundene Aktionspläne entwickeln, die in den übergeordneten Sektorplan für Bildung eingebettet sind.
- Menschen mit Behinderungen und Selbstvertretungsorganisationen in die Planung und das Monitoring von Aktionsplänen auf allen Ebenen einbeziehen.

Strategie 2: Mit gutem Beispiel vorangehen und ausreichend Kapazitäten für die Umsetzung nationaler Aktionspläne bereitstellen

- mindestens 20 Prozent ihrer nationalen Budgets für Bildung ausgeben und mindestens 50 Prozent davon für Grundbildung.
- einen befristeten und mit Kostenangaben versehenen Umsetzungsplan für inklusive Bildung aufstellen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterfüttern.
- sicherstellen, dass das nationale Bildungsministerium für die Bildung von jungen

Menschen mit Behinderungen zuständig ist, dass die Zuständigkeiten auf allen Ebenen klar sind und von hochrangigen politischen Entscheidungsträgern wie der Bildungsministerin bzw. dem Bildungsminister mitgetragen werden.

- in eine bessere Wissensgrundlage und Kapazitäten von lokalen und nationalen Behörden investieren, damit diese inklusive Bildung umsetzen (von lokalen Schulbehörden bis hin zu politisch Verantwortlichen im Bildungsministerium).

Strategie 3: Datenlage verbessern

- garantieren, dass die erhobenen Daten nach Faktoren wie Behinderung und Geschlecht differenziert werden und dass sowohl Einschulungsquoten als auch die Schulbesuchsdauer gemessen werden (in Sonder- und Regelschulen).
- sicherstellen, dass Daten effektiv erhoben und analysiert werden, um Planungs- und Monitoring-Prozesse zu verbessern.

Strategie 4: Schulen und Klassenräume zugänglich machen und an Bedürfnisse der Lernenden anpassen

- Vorschriften für den barrierefreien Zugang zu Schulgebäuden aufstellen.
- barrierefreie Materialien und Hilfsmittel für Schüler/-innen bereitstellen.
- sicherstellen, dass Lehrpläne auf die vielfältigen Anforderungen und Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern antworten.
- nationale Richtlinien entwickeln, um Inklusion im Bildungsbereich voranzutreiben, z. B.

Richtlinien zur Anpassung von Lehrplänen oder zur Ermittlung von Unterstützungsbedarfen.

Strategie 5: Ausreichend qualifizierte Lehrkräfte für alle sicherstellen

- das Lehrer-Schüler-Verhältnis im Klassenzimmer reduzieren, damit Lehrkräfte stärker auf individuelle Bedürfnisse ihrer Schüler/-innen eingehen können.
- sicherstellen, dass Lehrkräfte in inklusiven Lehrmethoden aus- und regelmäßig weitergebildet werden.
- sicherstellen, dass nötige Assistenzsysteme und Spezialwissen bei Bedarf zur Verfügung stehen.

- sicherstellen, dass pädagogische Fachkräfte, die z. B. Gebärdensprache dolmetschen können, an Regelschulen angestellt werden.
- die Ausbildung und Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit Behinderungen fördern.

Strategie 6: Diskriminierende Einstellungen abbauen

- Einstellungsänderungen bewirken, indem sie Sensibilisierungsprogramme starten, die sowohl Eltern und junge Menschen als auch Gemeinden, Schulen und die öffentliche Verwaltung erreichen.



Strategie 7: Durch sektorübergreifende Strategien ein positives, unterstützendes Umfeld für inklusive Bildung schaffen

- zusätzliche Strategien und Ressourcen bereitstellen, um Kindern und Jugendlichen eine Schulbildung zu ermöglichen, z. B. Pläne zum Ausbau sozialer Sicherungssysteme, gemeindenahe Rehabilitationsprogramme, frühkindliche Bildung oder Gesundheitsprogramme.

Bilaterale Geber und die internationale Gemeinschaft müssen diese Strategien in ihrer Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aufgreifen und stärken.

Bilaterale Geber sollten:

- ihr Versprechen einhalten und mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investieren sowie mindestens zehn Prozent ihrer ODA²-Mittel für Grundbildung ausgeben.
- sicherstellen, dass ihre Strategien und Maßnahmen inklusive Bildung unterstützen und sich an den bestehenden Bedarfen ihrer Partnerländer ausrichten, um *Bildung für alle* und die Millenniumentwicklungsziele zu erreichen.
- sicherstellen, dass die von ihnen bereitgestellten Mittel nationale Pläne unterstützen und keine punktuellen, niedrigschwelligen Einzelmaßnahmen fördern.
- die Kapazitäten von Partnern stärken, damit diese Inklusion umsetzen können.

Die internationale Gemeinschaft sollte:

- klar formulierte und messbare Ziele zu inklusiver Bildung und Behinderung in die Post-2015-Agenda aufnehmen. Die Erhebung verlässlicher Daten zu Bildung und Behinderung muss oberste Priorität haben, um Wirkungen und Fortschritte zu messen.

Die Global Partnership for Education (GPE) sollte:

- eine Vorreiterrolle in Bezug auf inklusive Bildung einnehmen. Das heißt, die länderunterstützenden Teams müssen mit ausreichender Expertise ausgestattet sein und Inklusions-Richtlinien, die z. B. eine verbesserte Datenerhebung im Blick haben, müssen entwickelt werden. Inklusive Bildung muss in den Bewertungsprozessen stärker berücksichtigt werden.

² Official Development Assistance

Weltklasse!

Für Schüler/-innen, Lehrer/-innen
und alle Interessierten

Jetzt
anmelden!

Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne

Behinderung und inklusive Bildung

4. Mai bis 29. Juni 2014

www.bildungskampagne.org | www.facebook.com/Globale.Bildungskampagne

Die Mitglieder der Globalen Bildungskampagne in Deutschland:



Impressum

Herausgeber des Berichtes: Global Campaign for Education

Herausgeber der übersetzten Zusammenfassung:

Globale Bildungskampagne

Übersetzung: Hanna Neuling, Maren Jesaitis

Redaktion: Jörn Kalinski

Grafische Gestaltung: Rebecca Hildenhausen; www.rifkah.com

Kontakt

Globale Bildungskampagne

c/o Oxfam Deutschland e.V.

Am Kölnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: 030/453 069 650

E-Mail: info@bildungskampagne.org